

Zwei Säulen und eine Frage

Landtag debattierte: EU-Direktzahlungen an Umweltschutz in der Landwirtschaft koppeln?

20. Juni 2011 – Wie soll die Gemeinsame Agrarpolitik in der EU (GAP) bis zum Jahr 2020 ausgestaltet werden? Hierzu hat die EU-Kommission im November 2010 erste Vorschläge vorgelegt. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/852) ihre Positionen formuliert. Sie spricht sich für den Erhalt des Zwei-Säulen-Modells aus. Danach erhalten Landwirte in der ersten Säule Direktzahlungen unter anderem für ihre landwirtschaftlichen Flächen und in der zweiten Säule Fördermittel zur Entwicklung des ländlichen Raums. In der Plenardebatte ging es um die Frage, ob die Direktzahlungen an Umweltschutzmaßnahmen („Greening“) gekoppelt werden sollen. Während CDU und FDP dies ablehnten, sprachen sich SPD, Grüne und Linke für eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft aus.

„Das Zwei-Säulen-Modell hat sich bewährt“, meinte Margret Vosseler (CDU) und lehnte Umweltmaßnahmen für die erste Säule ab. Diese gehörten in die zweite Säule und müssten „so gestaltet werden, dass sie einen tatsächlichen Nutzen für die Umwelt bringen und zudem unbürokratisch sind“, so Vosseler. Ziel müsse es sein, die Landwirtschaft in einem offenen Binnenmarkt zu stärken, dafür zu sorgen, dass die Landwirte ihr Einkommen durch den Verkauf qualitativ hochwertiger Produkte erwirtschaften, ihre Leistungen für die Allgemeinheit anzuerkennen und sie noch wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher zu machen.

„Die Landwirte sollen ihr Geld von der EU zukünftig unbürokratischer bekommen“, hob Frank Sundermann (SPD) den politischen Konsens hervor. Anders als seine Vorrednerin sprach er sich für ökologische Maßnahmen in der ersten Säule aus. „Direktzahlungen setzen die Akzeptanz in der Bevölkerung voraus, dass öffentliches Geld auch für öffentliche Güter angewandt wird“, so Sundermann. Umso mehr werde „Greening“ in der ersten Säule gewährleisten, dass die Zahlungen der EU an die Landwirtschaft weiterhin in dieser Höhe erfolgten. Daher seien diese ökologischen Maßnahmen in der ersten Säule zusätzlich einzuführen.

„Der Antrag ist von der agrarpolitischen Debatte längst überholt worden“, meinte Norwich Rüße

(Grüne). „Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine Landwirtschaft, bei der die Landwirte im Einklang mit der Natur wirtschaften und die vielfältige Kulturlandschaften erhält.“ Gefordert seien eine artgerechte Tierhaltung ohne Großmastanlagen und eine Landwirtschaft mit vielen Betrieben. Notwendig seien verbindliche ökologische Komponenten, um Monokulturen zu verhindern. Die Gesellschaft wolle „wissen, wie wir gedenken, mit den europäischen Milliarden eine positive Entwicklung der Landwirtschaft nach vorne zu treiben“.

„Die Debatte ist kein Nebenschauplatz“, sagte Kai Abrusatz (FDP) und verwies auf die Bedeutung für Steuern und Verbraucherschutz. Seine Fraktion unterstütze die marktorientierte Landwirtschaft im Rahmen der europäischen Agrarpolitik. Es sei richtig, wenn Landwirte ihr Geld am Markt erwirtschafteten und nicht ihre Geschäftsmodelle an den Vorstellungen der EU-Kommission ausrichteten. Zentral sei die Stärkung der ersten Säule, denn „unternehmerische Landwirte in NRW stehen für höhere Erträge, für geringeren Flächenverbrauch, bessere Qualität, günstigere Preise, mehr frische Ware und höchste Hygienestandards.“

„Wir wollen eine Landwirtschaft, die gesunde Produkte aus gesunder Natur erzeugt, und zwar von Menschen, die gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen haben“, erklärte Hamide Akbayir (Linke).

Erforderlich seien der Ausbau des Ökolandbaus und die Orientierung der konventionellen Landwirtschaft an umweltfreundlicheren Produktionsformen. Ab der Förderperiode 2013 müsse deshalb der Grundsatz gelten, dass öffentliche Gelder nur noch für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen fließen, so Akbayir. „Wer keine sozialen und ökologischen Leistungen erbringt, darf auch nicht weiter mit europäischen Mitteln rechnen.“

Die Pläne für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU sähen vor, die Finanzmittel in der ersten Säule bis 2020 um 12 Prozent auf 38 Milliarden Euro zu kürzen. Zugleich sei von der EU-Kommission geplant, in der zweiten Säule die Ausgaben um 13 Prozent auf 12 Milliarden Euro zu reduzieren, verdeutlichte Landwirtschaftsminister Johannes Remmel (Grüne). Notwendig sei daher eine gemeinsame Position der deutschen Länder, um massiv auch die Interessen des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft einzubringen. Es sei längst Konsens, Direktzahlungen stärker an Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzbelangen zu orientieren. SW

Abgelehnt

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken und gegen die Stimmen von CDU und FDP lehnte der Landtag den Antrag ab.



Fotos: Schälte